

polylog

14₂₀₀₅

ZEITSCHRIFT FÜR INTERKULTURELLES PHILOSOPHIEREN

Menschenrechte zwischen Wirtschaft, Recht und Ethik

mit Beiträgen von

Pavel BARŠA

Ann Elizabeth MAYER

Gregor PAUL

Yersu KIM

Benedikt WALLNER

Bilahari KAUSIKAN

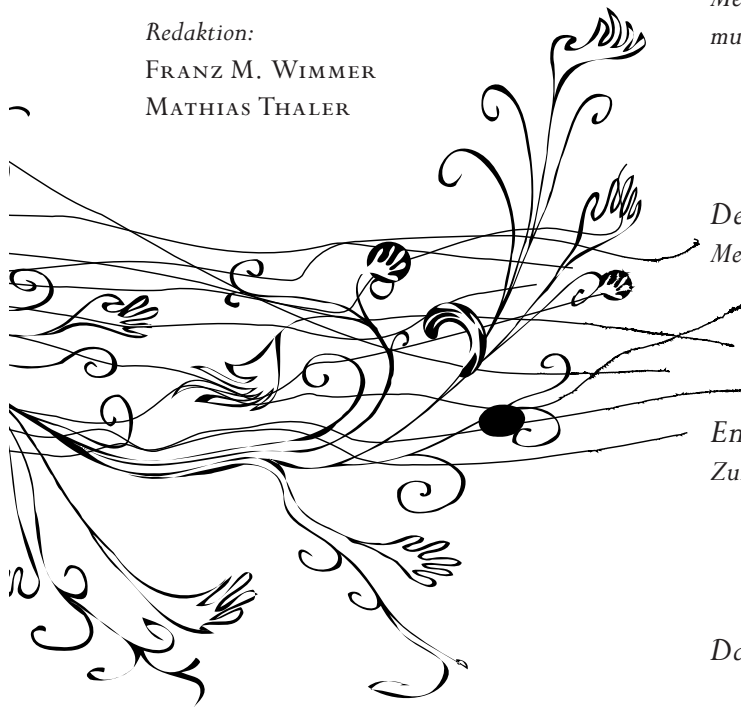
SONDERDRUCK

Menschenrechte

*zwischen Wirtschaft, Recht
und Ethik*

Redaktion:

FRANZ M. WIMMER
MATHIAS THALER



96 Bücher & Medien
144 Impressum
145 polylog Bestellen

7

PAVEL BARŠA

*Krieg führen im Namen der Menschenrechte?
Vierzehn Thesen über humanitäre Interventionen*

25

ANN ELIZABETH MAYER

*Eine Kollision von Prioritäten
Der Streit um die selektive Anwendung internationaler
Menschenrechtsbestimmungen durch die USA und
muslimische Länder*

41

GREGOR PAUL

*Der »Krieg gegen den Terrorismus«
Menschenrechte zwischen Wirtschaft, Recht und Ethik*

59

YERSU KIM

*Entwicklung von Universalität
Zur Begründung der Universalität von Menschenrechten*

67

BENEDIKT WALLNER

Das Menschenrecht als ein Herzustellendes

91

BILAHARI KAUSIKAN

*»Asian Values« – ein pragmatischer Weg zur
Universalität der Menschenrechte?
Eine E-Mail-Korrespondenz, angestiftet von Konrad Pleterski*

BILAHARI KAUSIKAN

»Asian Values« – ein pragmatischer Weg zur Universalität der Menschenrechte?

Eine E-Mail-Korrespondenz, angestiftet von Konrad Pleterski

Aus dem Englischen von Hsueh-i Chen

polylog: Wie würden Sie die Debatte über Universalität oder Relativität der Menschenrechte jemandem beschreiben, der noch nie davon gehört hat?

B. KAUSIKAN: Ich denke, jemand, der noch nie von dieser Debatte gehört hat, würde sich wundern, warum so viel Wirbel um diese Sache gemacht wird. Universalität ist ein Ideal und noch keine Realität. Es scheint mir offensichtlich zu sein, dass, von einigen wenigen Grundrechten abgesehen, Mord und Folter z. B., Universalität nur auf einer sehr hohen Stufe der Verallgemeinerung möglich ist; so hoch, dass sich aus der Sicht der Politik praktisch so gut wie keine Bedeutung ergeben würde. Es scheint mir selbstverständlich zu sein, dass Geschichte, Kultur, wirtschaftliche Strukturen, soziale Angewohnheiten usw. Bedingungen stellen, wie allgemein gültige Prinzipien in praktische Maßnahmen umgesetzt werden, die dann tatsächlich einen Ein-

fluss auf das Leben der Menschen haben. Dies würden nur Ideologen verneinen. Beispiele gibt es zur Genüge, solange man sie nicht aus einem ideologischen Blickwinkel verstellt betrachtet. In Amerika und Europa versteht man Rechte anders, bettet sie unterschiedlich in ein Grundgesetz ein und setzt ungleiche Akzentuierungen bei verschiedenen Rechten. In unterschiedlichen Staaten der Europäischen Union werden verschiedene Rechte sogar auf divergierender Weise implementiert. Es ist eine empirische Tatsache, dass Recht, Ordnung und Gerechtigkeit in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Zeiten andere Geltungen haben. Es ist offenkundig für mich, dass es bei der Universalität niemals um statische Prinzipien geht, sondern um solche, die grundlegend sind und sich konstant entfalten. Sie werden unter dem Druck sich wandelnder Verhältnisse interpretiert und reinterpretiert.

Bilahari KAUSIKAN ist »2nd Permanent Secretary in Ministry of Foreign Affairs« in Singapur. Zuvor war er zwischen 1995 und 1998 Singapurs »Permanent Representative to the United Nations. In dieser Funktion war er federführend an der Debatte um »Asian Values« beteiligt.

Konrad PLETESKI ist Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte und als Rechtsanwaltsanwärter bei Preslmayr Rechtsanwälte in Wien tätig.



Die Debatte wird auf solch einer hohen Stufe der Verallgemeinerung geführt, dass sie bedeutungslos für das reale Leben oder praktische Umsetzungen wäre.

Dass eine bestimmte Interpretation eines beliebigen Rechts für alle Zeiten gültig sein sollte, halte ich schlichtweg für eine Täuschung.

Sie haben 1993 in einem Artikel (»Asia's different standard«¹) geschrieben: »Der Mythos der Universalität der Menschenrechte ist abträglich, wenn er die tatsächliche Kluft verschleiert, die zwischen asiatischen und westlichen Wahrnehmungen der Menschenrechte besteht. Diese Kluft wird nicht überbrückt, wenn sie gezeugnet wird«. Ist die Kluft jetzt, zwölf Jahre später, überbrückt oder hat sich der Abstand vergrößert?

Ich denke, die Kluft ist noch nicht überbrückt, aber sie ist praktisch irrelevant geworden. In den ersten euphorischen Tagen nach dem Kalten Krieg, als der Westen dachte, ein großartiger, glanzvoller Moment käme auf ihn zu, unternahm er eine ideologische Annäherung und provozierte damit eine asiatische Antwort. Nun sind wir alle angesichts der rauen Bedingung der Wirklichkeit klüger geworden. Wir wissen, dass die Geschichte nicht nach dem Ende des Kalten Krieges aufhörte. Wir wissen, dass der Westen und Asien Konstrukte sind, die nur unvollkommen die komplexe Wirklichkeit wiedergeben. Was ist der Westen ohne den sowjetischen Feind? Die Hitzigkeit der Debatte um die Menschenrechte verschwindet, weil sie, außer in lärmenden Klassenzimmern, nicht mehr wirklich relevant ist.

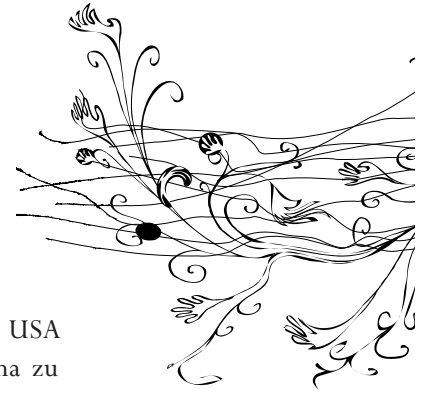
Was bleibt mehr als zehn Jahren nach der Wiener Menschenrechtskonferenz aus dem Jahre 1993 von Asian Values noch übrig?

¹ Bilahari KAUSIKAN: »Asia's Different Standard«, in: *Foreign Policy* (Herbst 1993), S. 24–41.

Asian Values gibt es noch. Ebenso wie andere Wertvorstellungen auch. Unterschiedliche asiatische Länder interpretieren verschiedene Werte auf divergierende Weisen; so wie alle anderen westlichen Länder auch. Wie ich bereits betonte, ist die ganze Debatte irrelevant geworden, weil inzwischen offensichtlich ist, dass es, außer für wenige Grundrechte, keinen universellen Standard gibt. Oder, besser gesagt: Die Debatte wird auf solch einer hohen Stufe der Verallgemeinerung geführt, dass sie bedeutungslos für das reale Leben oder praktische Umsetzungen wäre.

Nach dem Kalten Krieg wurde der eigentliche Begriff des Westens ohne die gemeinsame sowjetische Bedrohung, die den Westen zusammenhielt, dekonstruiert. Zeugnis sei hier z. B. die transatlantische Kluft in der Irak-Frage. Es gibt eine fundamentale Diskrepanz in der Betrachtung, wie den Irakern Rechte verschafft werden können. Dieser Unterschied beinhaltet, wie ich vermute, mehr politische und strategische Brisanz als jene theoretischen oder abstrakten Rechtsdefinitionen, auf die sich Amerikaner und Europäer einigen können.

Zur gleichen Zeit nimmt der asiatische Regionalismus, auch wenn er noch in den Kinderschuhen steckt, langsam aber sicher Gestalt an. ASEAN-Staaten wie China, Japan, Südkorea und Indien schließen sich durch Produktionsmuster, Investitionsentscheidungen, bilaterale und multilaterale Freihandelsabkommen zusammen. Während der Westen also weniger kohärent wird und Europa und USA auseinander driften, formiert sich Asien



stärker als nur im geographischen Sinne. Ich empfinde keine Freude bei dieser Entwicklung, sondern glaube, dass die transatlantische Kluft, strategisch gesehen, destabilisierend für alle sein wird.

Welche waren die Hauptgründe für Sie bzw. Singapur an der Debatte über Asian Values und Menschenrechte teilzunehmen?

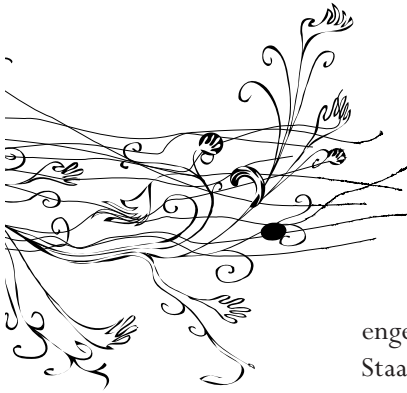
Wir hatten sehr spezifische Gründe, an der Debatte zu partizipieren. Im Hinblick auf Ostasien ist der Schlüssel für die ostasiatische Stabilität eine stabile Beziehung zwischen den USA und China. Wenn diese Beziehung aus dem Gleichgewicht gebracht wird, wird sich die ganze Region in einem Durcheinander befinden. Vor zehn Jahren waren wir sehr besorgt darüber, dass die damals neue US-Regierung, die zunächst keine Erfahrung mit wirklicher Machtausübung gehabt hatte, im Begriff war, sich von der vorhergehenden Regierung dadurch abzugrenzen, dass sie ihre Politik gegenüber China durch das Prisma der Menschenrechte strukturieren wollte. Diese Art und Weise war viel zu einfach, um eine hoch komplexe Sachlage handzuhaben. Sie hätte sich in große Schwierigkeit gebracht, hätte sie darauf bestanden. Wir traten in die Debatte ein, versuchten einige Komplexitäten aufzuzeigen und hofften, eine Betrachtungsweise gegenüber China anregen zu können, die etwas nuancierter und differenzierter war. Ich weiß nicht, welchen Erfolg wir dabei erzielten, aber wir mussten es damals versuchen. Jedenfalls zwangen unterschiedliche Ereignisse die USA, eine feinfühligeren Annäherung zu probieren.

Ich glaube, man versteht jetzt in den USA viel besser, dass die Beziehung zu China zu komplex ist, um eindimensional strukturiert zu werden. Es ist eine multidimensionale Beziehung, die trotzdem eine Dynamik in sich trägt, Bewegungen in Richtung eines Zentrums gebündelt voranzutreiben. Ob man von Menschenrechten ausgeht oder China als einen strategischen Mitbewerber betrachtet, man wird früher oder später wieder ins Zentrum aller Bewegungen gebracht, durch Auswirkungen unterschiedlicher Ereignisse und die Notwendigkeit einer Balance unterschiedlicher Interessen.

Während die Beziehung zwischen den USA und China heute sogar noch wichtiger für die Stabilität in Ostasien und damit auch für die ganze Welt geworden ist, bin ich persönlich nicht mehr so besorgt wie vor zehn Jahren. Der einzige strittige Punkt, der heute noch zu einer Entgleisung führen könnte, ist Taiwan. Hier haben wir es mit einer sehr gefährlichen Situation zu tun. Angesichts dieses Streitpunktes sind Menschenrechtsfragen oder die Debatte um »Asian Values« größtenteils irrelevant geworden und haben auch keine wichtigen strategischen Konsequenzen mehr.

Strategische Imperative machen eine Debatte relevant oder irrelevant, und nicht bloß die Logik der Argumente. Die Europäische Union z.B. hat eine sehr harte Verhandlungsposition bezüglich der Menschenrechte in Myanmar eingenommen, sie wollte sogar eine Isolation und Sanktionen. Strategische Interessen in Myanmar hat sie nicht wirklich. Zur gleichen Zeit aber plädiert sie für einen

Strategische Imperative machen eine Debatte relevant oder irrelevant, und nicht bloß die Logik der Argumente.



Eines der vielen Probleme mit den Menschenrechten ist, dass man einen lobenswerten Idealismus befürwortet, aber sich von der realen Welt abkoppelt.

engeren Kontakt mit Nordkorea. Einige EU-Staaten, auch solche, die sehr hart in Bezug auf Myanmar waren, haben diplomatische Außenstellen in Pjöngjang eingerichtet. Ist Kim Jong Il ein makellooses Beispiel für die Einhaltung der Menschenrechte? Die Position der Europäischen Union ist nicht sehr logisch oder konsistent, aber sie ist vollkommen verständlich, wenn man sie aus einer strategischen Perspektive betrachtet.

Hat die Debatte um »Universalität oder Relativität« etwas im System der Menschenrechte verändert?

Ich glaube nicht, dass sie etwas verändert hat. Wie ich bereits erwähnte, sind es die Auswirkungen unterschiedlicher Ereignisse, die den Lauf der Dinge verändern. Sie machen die Debatte ziemlich irrelevant in Anbetracht gegenwärtiger strategischer Überlegungen. Eines der vielen Probleme mit den Menschenrechten ist, dass man einen lobenswerten Idealismus befürwortet, aber sich von der realen Welt abkoppelt.

Die Bangkok-Deklaration hat 1993 viel Aufmerksamkeit erregt. Würden Sie sie heute noch unterstützen?

Ich konnte nicht verstehen, was 1993 die Aufregung ausgelöst hatte, und ich verstehe es bis heute noch immer nicht. Meine Fassungslosigkeit würde jeder teilen, der sich keiner Ideologie verschreibt und die Bangkok-Deklaration liest. Der umstrittenste Teil der *Bangkok-Deklaration* war Artikel 8 und lautet:

»[Die Minister und Repräsentanten der Asiatischen Regierungen] anerkennen, dass Menschenrechte, obwohl sie ihrer Natur nach universell sind, im Kontext eines dynamischen

und sich entwickelnden Prozesses der Normsetzung betrachtet werden müssen, wobei die Bedeutung nationaler und regionaler Besonderheiten sowie verschiedene historische, kulturelle und religiöse Hintergründe zu beachten sind.«

Dies scheint mir eine einfache Beschreibung der Wirklichkeit zu sein. Nichts daran ist kontroversiell.

Halten Sie die Dokumente der Menschenrechte für flexibel genug, um sie an die konfuzianische Kultur anzupassen?

Die Dokumente sind nun wirklich nicht der wesentliche Streitpunkt, sondern die Praxis. Eines der Probleme mit der Menschenrechtsbewegung ist in Wirklichkeit das wilde Wuchern jener Dokumente und Ideale, die als Rechte geltend gemacht oder eingeführt werden. Der eigentliche Begriff der Menschenrechte wird hier entwertet: Erstens ist es für kein Land praktisch möglich, an allem festzuhalten, was als Recht – manchmal sogar widersprüchlich – deklariert wurde; zweitens sind manche der schlimmsten Missetäter, wie wir alle wissen, besonders bereitwillig, einige dieser Dokumente unterzeichnen. Sie haben nämlich überhaupt keine Absicht, diese einzuhalten. Was wird hier propagiert? Ein sinnloser Formalismus.

Viele europäische Firmen lagern ihre Produktion nach Ostasien aus, weil Arbeitskräfte dort billiger sind. Dies ist nicht zuletzt auf einen Mangel im Sozialsystem und einen niedrigeren Standard an Menschenrechten zurückzuführen. Kann ein Land international wettbewerbsfähig sein und trotzdem an allen Menschenrechten festhalten?



Es gibt kein Land, das an all jenen unterschiedlichen Standards festhalten kann, die man als Rechte geltend gemacht oder eingeführt hat. Hier geht es um komplexe Sachverhalte. Ist es besser, irgendeinen Job zu haben als gar keinen? Ist es besser, einen perfekten Rechtsschutz zu haben, aber dafür keinen Job? Es gibt keine einfache Antwort. Gewerkschaften und NGOs in einigen westlichen Ländern vergießen literweise Tränen wegen des mangelnden Rechtsschutzes für Arbeiter in weniger entwickelten Ländern. Aber sind sie wirklich besorgt um die Notlage der Arbeiter in diesen Ländern? Oder tragen sie lediglich Sorge, um die Arbeiterjobs in ihren eigenen Ländern zu schützen? Wenn sie wirklich um die Rechte der Arbeiter in weniger entwickelten Ländern besorgt wären, sollten sie dann nicht hoch erfreut sein, dass diese Arbeiter jetzt die Chance haben, einem Job nachzugehen, ihre Familie zu ernähren und ihre Kinder auszubilden? Wenn sie darauf bestehen, dass alle überall das gleiche Lohnniveau oder die Möglichkeit haben sollten, eine Gewerkschaft zu bilden, oder was auch immer, dann verurteilen sie Menschen in weniger entwickelten Ländern zur ewigen Armut.

Das Leben von Menschen wird zunehmend von mächtigen Großkonzernen beeinflusst und weniger

vom Staat. Dennoch schützt das Menschenrechtssystem Individuen nur gegen den Staat aber nicht gegen andere, gleich zu behandelnde »Rechtspersonen« wie multinationale Konzerne. Wie kann dieses Missverhältnis wieder in Einklang gebracht werden?

Ich kenne eigentlich keine Antwort, aber ich würde das Problem nicht überbewerten. Ich glaube nicht, dass dies etwas ist, was einem Arbeiter in der Dritten Welt bereits in den Sinn gekommen ist. Da er eine Arbeit in einem multinationalen Konzern hat, ist er imstande, seine Familie zu ernähren und seine Kinder zu erziehen. Die Alternative wäre für ihn, keine Arbeit zu haben. Die Frage ist für mich teilweise dadurch beantwortet, dass Konzerne verstehen, dass es in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse liegt, ihre Arbeiter anständig zu behandeln, weil diese dann produktiver arbeiten werden. Ich denke, dass viele Konzerne tatsächlich im Begriff sind, dies zu begreifen. Aber das bedeutet nicht, dass wir darauf bestehen sollten, dass Arbeiter in weniger entwickelten Ländern auch all das genießen sollen, was Arbeiter in entwickelten Ländern genießen können. Das läuft auf das Gleiche hinaus, wie wenn wir den Konzernen sagen würden, nicht in die Dritte Welt zu investieren. So verurteilen wir diese Länder zur ewigen Armut.

Wenn sie darauf bestehen, dass alle überall das gleiche Lohnniveau oder die Möglichkeit haben sollten, eine Gewerkschaft zu bilden, oder was auch immer, dann verurteilen sie Menschen in weniger entwickelten Ländern zur ewigen Armut.